

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierliefjährlich Markt 4,-, für das Ausland mit dem entsprechenden Postanstalt. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Wer Berlin abonniert, kann bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.⁴⁸
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Gerusprecher:

Diebstahl: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Querseite nehmen die Expedition der Zeitung und alte Unterstaatsbüros zum Preise von 40 M. für die geschäftsgepalteene Zeitung und von Mark 1,25 für die viergeschäftsige Zeitungsfamilierei entgegen. Auseinandersetzungen für den Unterstaat sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion d. zu adressieren. Unbenutzte Eingaben werden nicht aufbewahrt.

Nr. 252. [48. Jahrgang.]

Sonntag den 25. Oktober 1908. Erste (Abend-)Ausgabe.

[48. Jahrgang.] Nr. 252.

Berlin, den 24. Oktober.

Nüd blide.

Begeisternde Weise, Tage feierlicher Charakters hatte die vorliegende Woche gehabt. Mit begeisteter Anteilnahme ist die Definitivfeier dem erhabenen Verlauf socher Familienevents in preußischen Königshäusern gefolgt, zum jüngsten Gebrauchsteile der Deutschen Kaiserin und zum Hochfest des Brunnens August Wilhelm mit der Prinzessin Alix, der Tochter des russischen Zaren.

Auf politischen Gebiet sieht die feierliche Eröffnung des Landtages der Monarchie am Dienstag durch den König und den Ministerpräsidenten als Ereignis. Die einzige Ausnahme ist die am 3. Mai stattfindende, an die Hundertjahrfeier der preußischen Staatsordnung an und gedachte dabei anerkannten des Segens, den die Staatserhaltung unserer unerigen Gemeinden gezeigt hat. Auch das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus soll fünftzig seine organische Fortentwicklung erfahren, wie denn der Reichstag bestimmt, daß er eine Reihe von Wahlkreisen aus dem übrigen umfassenden Vororten, die aber zuweilen mit allem Geschäft betrieben werden. Sodann würde sich die Thronrede des Königs über Aufstellung der Dienstuniformen und ihrer Bedeutung für den Staatshaushalt auf. Gleichzeitig wird bei ihrer vorherigen anerkannter und bestätigung der neuen königlichen Macht bestimmt, ob es sich um ungünstige Verhältnisse in Reich und Staat lohnt, es zu ihrer gebedeutlichen Durchführung einer weitreichenden Sparsamkeit im Verein mit aufserordentlichen Entschlüssen bedürfen wird, deren Ausführungen nicht nur die entsprechenden Gesetzentwürfe, sondern auch der Stat für 1905 in jenes gangen Aufstellung zu erneut haben. Der neue Reichsminister für Finanzen, der nach dem Rücktritt des vorigen Bertholdius, verabschiedet, kündigt, daß die Reise mit einem lebhaft aufgeregten und bertheiligen Hause an Deutschland den Frieden zu fördern enthaltsame Palma gegenüber den Feindseligkeiten im nahen Orient.

In der Presse haben bisher neben dem Thema der Finanzvoraussetzungen die Säge in der Thronrede, welche von der Weiterentwicklung des preußischen Wahlsystems handeln. Erörterungen vom jeweiligen Parteiensandpunkt aus heraustragen, wie sie die verschiedenen Parteien und Gruppierungen haben, sind die einzigen, welche die Wahrheit aufzuzeigen scheinen. Die Partei infolge entsteht, als sie die Stellungnahme der Thronrede zum allgemeinen politischen Sandpunkt aus für durchaus zweckmäßig erklärte und hinzufügte, man werde bei der Erörterung des wieder eingetragenen freisinnigen Wahlrechtsentwurfs darauf Bedacht nehmen müssen, daß durch Inhalt und Ton der Erörterung der Zulässigkeit des Entwurfs bestimmt gezeigt werden. Auch der gelegentliche Hinweis darauf, daß das jüngste Abwehrdenunzias neu genügt, also voraussichtlich für eine Reihe von Jahren zu wirken haben wird, erscheint denjenigen Befürwortungen gegenüber am Platze, die vor allem auf intensive Bedeutung der Vorarbeiten zur Reform drängen. Sie ist ohneab ausdrücklich zugestellt, aber im allgemeinen liegen die Tatsen, in denen jedermann seinen Verstand einbringen darf, in der That frug, erstaunlicherweise hinter uns.

Die erste Konsensvorlage des Abwehrdenunzias galt der

Die erste Plenarversammlung des Abgeordnetenhauses galt der Einbringung der Finanzvorlagen ein, die Finanzminister Frhr. v. Rheindalen mit einer ausführlichen und inhaltsreichen Darlegung begleitete. Von den sieben Entwürfen steht der auseinander, der die anderweitige Regelung des Wohnungsgelds-

Wortsläge für die Reichsangestellten, die aber noch im Bundesrat zur Beratung stehen. Die Abstimmung darüber ist für die unmittelbaren Staatsbeamten nach dem Anfang, es folgen die Vorlage zur Einigungsausschusseiterung der Behörden, die hierauf die Regelung der Beamtelehrzeit und des Aufenthaltsrechts einholen, sowie der Gesetzestext der Gesetzesentwurf, betreffend das Einkommen der Beamten, ferner der Gesetzesentwurf der Beamtenversicherung, der leite ein Gesellschaftssteuererlief. Von Minister wurde leicht hergeholt, daß die bereits neu erledigte volkswirtschaftliche Ausbildung der Beamten für die Bevölkerung von Nutzen sei. Schon 1906 wurde ein Wohngeldabgabebill für die Unterkünfte um fünfzig Prozent erhöht, mit einem Sonderanhang von 8,5 Millionen. Im Oktober 1907 wurde berücksichtigt, die Gehalts-

Im Staatsjahr 1918 wurde berichtet, daß der
vergleichende Betrag der Gehaltsaufwendung, wenn einer Gehalts-
zettel mit dem von 14 Millionen verrechnet, eine
Gehaltsaufwendung von 14 Millionen verurteilt. Gegenüber
Abweichungen von 14 Millionen für die Unterbeamten mit 3,6 Millionen
und von anderen Gehaltsaufwendungen mit 13 Millionen kann hingegen
lo, also also hierfür von 20 Millionen Mehraufwand erachtet
werden. Die jetzt vorgelegte Gehaltsaufwendung entfällt
für die Beamten einer weiteren Staatsaufwendung
von 60 Millionen, wobei die Gehaltsaufwendung
für die Beamten, die unterwirkt sind, daher über
diesen Betrag zu Mindestens aus den angeführten Gründen nicht
mitteln. Nach den bisherigen Verhandlungen auch auf den Ge-
biete des Gehaltsaufwendungen ist jedenfalls mit einer
weiteren Aufwendung von nicht weniger als 23 Millionen

für die Beamten zu rechnen. Rüttelt man nun die früheren Leistungen mit den jüngsten Erfolgen zusammen, so ergibt sich, daß der Staat bereit ist die umstrebten Staatsleistungen eine dauernde Mehrbelastung der Staatskasse von 31 Millionen auf 100 gewährte.

Angesichts dieser 30 Millionen zu den Einzelheiten der Aufschlüsselung eingehendem über, wie sie auch die gleichzeitige vereinfachte Denkschrift bestätigt. Hierher macht die Belebungserordnung trotz ihrer teilweise schon unternommenen Vereinbarung zweitelles den Einbruck einer künstlichen Einschafftheit; da die Zahl der Geschäftsführer, ebenso wie die Zahl der Beamten, in dem Zusammenhang mit den Schätzungen des Belebungserfolgs einheitlicher und gleichmäßiger zu gestalten, ohne doch dabei die Rücksicht auf tatsächlich mehrere Erhöhungen beiseite zu stellen. Allerdings verteilt sich auf diese Weise die Erhöhung der Belebungssumme nicht gleichmäßig auf die einzelnen Beamtenklassen; die momentan steigende Zahl der höheren Beamtenklassen, die bei der Belebungserordnung berücksichtigt werden, bestimmt die Erhöhung der Dienstleistungskosten für die höchsten Beamten und sonstige Hilfsbeamten jedoch möglichst auszugleichen werden. Gegenüber den vor dem 1. April 1907 geleisteten Sätzen ist für die unteren Beamten jetzt durchweg eine Erhöhung festgestellt, während mit den höheren Beamtenklassen die Kosten der Belebungserordnung, die im wesentlichen die Ausweitung, die Verschärfung und die Einführung der Durchschnittsbelastungsberechnung, vom 1. April 1907 an, einhergehen, durchschnittlich

Nach einer amtlichen Bekanntmachung der Regierung der britischen Transvaal-Kolonie in Pretoria eine Kommission eingesetzt worden, die die Unräte der nachstehend beschilderten durch den britischen Südafrikankrieg gefährdeten Personen in zweiter Instanz zu entschädigen versuchen und hierbei dem Gouverneur des Kolonie bestreiten soll. Es handelt sich dabei um folgende Personen:

1. Diejenigen in Behörden Verhältnissen stehenden Personen, die jetzt in Transvaal wohnen oder am 11. Oktober 1899 oder unmittelbar vorher dort wohnten und entweder im Hause Großbritanniens oder im Hause des ehemaligen Südafrikanischen Staates untergebracht waren, wenn sie aus Südafrika oder aus dem Lande, wo sie sich im Verlaufe des Feldzuges aufgehalten haben, in ihrer Unschädlichkeit erheblich befürchtet wurden und sofort die hierfür eine bereits bewilligt worden sind und sofern sie hierbei nicht einer bereits auf Mittel der Transvaal-Kolonie oder eines anderen Landes eingetretene Entschädigung unterliegen.
2. Bedeutende Witwen von Personen, wie sie unter Nr. 1 beschrieben sind, sowie bedeutende Witwen von Personen, die im Verlaufe der Feindseligkeiten getötet worden sind.

Wer hiernach auf Berücksichtigung rechnen zu können glaubt, muss seinem Antrag bis spätestens zum 1. Dezember j. J. den Secretary to the War Casualties and Injuries Commission, Herrn A. S. Goldman in Washington, P. O. Box 431, richten.

Antragsformulare finden von der Geheimen Kanzlei des Auswärtigen Amtes, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 75/76, zu abholen. Die Formulare werden nach ihrer Ausfüllung dem Herrn Goldman unter der angegebenen Adresse (nicht dem Auswärtigen Amt) zu übermitteln sein.

Rundschau im Auslande.

Zu den Orientfragen.

Im Auswärtigen Amt ist heute das nachstehende Telegramm eingegangen:
Therapia, den 23. Oktober 1908.
Was hier heute hier eingetroffenen Blättern erhe

den heute hier eingetroffenen Blättern erhebe
die Pariser Preße mich bestürzt, ich
Krieg gepredigt und gefagt, die Türkei soll
ihren Krieg erklären. Ich ersäße vielmehr,
iemals und zu niemandem ein Wort in diesem
Anspruch habe, sondern im Gegenteil alle mein
Anspruch entsprechend den mir erteilten Anstrukturen aus-
darauf, gerichtet einer solchen Krieg zu
n.
geg. Marschall.

20. Deut. Presse: „Die englische Presse berichtet, daß die Briten eine Befreiungserklärung abgegeben haben, wonach sie sich auf der Seite der Verteidigung befinden. Sie erwähnen auf Grund der vorliegenden Melde-
stellungnahme Englands, Frankreichs und Österreichs
zu der Frage: Ob Konferenz oder Verhandlungen wegen der Krise im Orient, dann fest, daß in dieser Frage durch die Mächte Abstimmungen vorhanden sind, deren Ergebnisse ein gemeinsames Programm nicht gerade leicht, nicht unmöglich erscheint.“

fahrt das Telegramm fort:
„Ist die Regierung in Konferenz, ohne unmittelbare
Beteiligung der Russen, nicht richtig? Und dem geistigen
Konsensus nicht entspricht. Nicht darum kommt es zu
einer Konferenz hinzußt, oder darum zu einer
und den anderen Staaten direkt verbunden
darauf, daß man aus dem orientalischen
Büren baldwegen befriedigt herauß
und den Ausbruch einer Kriegsgefahr kann. Um
zu erreichen, mußte jedes Mittel reit sein, und
zu der Annahme vor, daß diese Auslößung auch
deutschland Regierung getellt wird, ist
es, was es meistens behauptet wird,
unfeinblättrig, vielmehr für jeden
seinen Weg, der schnell und praktisch
führt, zu haben.“
Konferenz, die kommt über die Teilnahme
an der Krise? Die Bots nach der bulgarischen
Befreiung und der anschließende Friedens-
vertrag, wonach den Bulgarinnen eine Konferenz
gezweigt - Ungarn und Bulgarien eingetreten sind, ge-
gen die Wissens, als ob auf erste Anhöhung eine
Zusammenarbeit erfolgt, daß wohl die ersten
die Annahme, die sie von den anderen
eine Konferenz zu kontrollieren, muß sie auch, meint
das Recht haben, direkt zu verhandeln, wenn
auf diesem Wege besser zu fahren.
Telegramm vereinfacht jedoch die gefürchtete Er-
satz Edward Grey im Unterricht, daß die
Beteiligung vertreten, die bei einer Gouvernements-
konferenz, die die Annahme eines jeden Konferen-
zies ist, und wenn dazu man kann mit diesen Bü-
roen des englischen Ministrs durchaus
den anden sein; ist es dann aber nur eine logische
Ueberzeugung, daß man bei solchen Ueberzeugungen
durch nicht in ihrer diplomatischen Bewegungsfreiheit
folte.

Österr.-Ungarn. Wien den 28. wird berichtet: Der Berliner Vorher der Standard hat seinem Blatte fürstlich geschrieben, daß die österr.-ungarische Armee habe gegen die Serben dahin geweckt, daß sie die Serben gegen das Kaiserreich und gegen den österr.-ungarischen Bündnisse zeigen werde. Das Österr.-Ungarische schien, obwohl es das Bündnis mit dem Deutschen ein Interessens entspreche, oder ob es porträtschäferne Kombinationen eingeschlagen habe, daß es die Serben gegen das Kaiserreich und gegen den österr.-ungarischen Bündniss eine lange Unterstüzung erhältte. Das Telegraphen-Korrespondenten-Bureau auf der österr.-italienischen Seite zu der Gefahr erstmäßigend, die die Bewegung von Anfang bis zu Ende er-

Aus der Türkei.
Janinopel, 23. Oktober. Der Tonin bestand von an hoher Stelle eingeholten Informationen auf die Worte des Staatsministers bezüglich des Gesetzes auf den Konfessionen zu gewähren. Die Worte des Staatsministers waren folgende: „Die SS 29 und Gleiches bestätigen, dass die Minderheitserziehung nach dem gesetzesthörenden gemacht werden. Die Worte sei gegen die Schriften und Montenegro zu gewähren seien.“ Daß die Worte zum Radikal getrieben, nachdem sie von dem Staatsminister ausgesprochen worden waren, ist unbestreitbar. Ein Unterschied zwischen dem Montenegro könne nur die Abrahams genannte und auch der Janinopel serbische Geschichtsbuchstanz bezeugt. Die Anteilnahme am Staatsminister sei ein natürliches Recht. In der Rasse der Bojazige sei durch die Bevölkerung eine ähnliche Meinung bestanden.

in eine gute Lösung zu erwarten. Die freiliche Frage ist es zur Konferenz kommende, durch die Schauburg-Artikel geordnet werden.

Die Botschaften der Börsen-Büros eröffnete habe eine direkte Beziehung zwischen dem Finanzministerium und den Börsen-Büros und bestreite nun auf der Konferenz. Zu bulgarischen Verhandlungen sei die Botschaften der Börsen-Büros nicht eröffnet, dag die Milizion der bulgarischen Börsen-Büros keine offizielle gesetzes ist. Sie hätten keinen Einfluss auf die Börsen-Büros und deshalb habe man auch keine Verhandlungen begonnen. Die Milizion habe die Börsen-Büros nicht eröffnet, und die Delegierten würden schon

